



Pressemitteilung

Ansbach, 26. August 2015

PKW-Bestand in Ansbach auf Rekordniveau: Anstieg um über 1.000 seit ÖPNV-Preiserhöhung

„Zerschlagung des Busverkehrs verantwortungslos gegenüber Mensch und Umwelt“

ABuV-Rechtsstreit: OLA bringt GmbH-Auflösung und Errichtung eines Eigenbetriebs ins Spiel

Der PKW-Bestand steigt in Ansbach stärker an als in anderen Mitgliedskommunen des VGN-Verbundgebiets: Von 2011 bis 2014 wuchs die Zahl der angemeldeten Autos von 21.579 auf 22.701

(http://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/FahrzeugklassenAufbauarten/2014/2014_fahrzeugklassen_node.html). Das entspricht einem Anstieg von 5,2 Prozent binnen drei Jahren. Zum Vergleich: In den weiteren kreisfreien Städten im VGN betrug dieser im Vergleichszeitraum laut dem im August 2015 veröffentlichten VGN-Verbundbericht lediglich 3,8 Prozent. Mit 569 PKWs pro 1.000 Einwohner steht Ansbachs Verkehrsmix somit deutlich schlechter da als der Städtschnitt (487), jene vergleichbarer Städte wie Bamberg (514) oder Bayreuth (513) und wurde sogar von Amberg (558) überholt, das seine Zuwachsrate auf 2,7 Prozent bremsen konnte.

Die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) sieht in der Negativentwicklung Zusammenhänge mit den Preisexplosionen im ÖPNV seit dem Fahrplanwechsel 2011/12 sowie dem ersatzlosen Wegfall hunderter Busfahrten 2013: „26 Prozent weniger ÖPNV-Fahrgäste seit 2011 haben durchaus etwas mit zunehmend verstopften Straßen im Stadtgebiet zu tun.“ Für viele Ansbacher sei es inzwischen nahezu unmöglich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit oder am Wochenende zum Einkaufen zu gelangen. Zudem biete der ÖPNV durch die völlig verfehlte Hochpreispolitik keinen Kostenvorteil mehr gegenüber dem Privat-PKW. Dies machten die aktuellen Zahlen von Kraftfahrzeugbundesamt und VGN überdeutlich, so die OLA-Fraktion:

„Dieses De-Facto-Subventionsprogramm für Autohäuser ist nicht nur unsozial und ökologisch verantwortungslos; es zieht durch den steigenden Instandhaltungsdruck auf Straßen und Parkplätzen infolge der Zunahme des PKW-Bestands auch hohe Folgekosten mit sich.“

Daher kann die anstehende Novellierung des Ansbacher Nahverkehrsplans (NVP) nur erfolgreich sein, wenn das Oberziel dieses Konzepts nicht vermeintliche Ausgabenminimierung ist, sondern Erlössteigerung durch konsequente Nachfrageorientierung, ist die OLA überzeugt. Der Grundkonsens der sozialen und ökologischen Kräfte des Stadtrats müsse die Veränderung des Verkehrsmixes weg vom PKW hin zu nachhaltiger Fortbewegung sein:

„Dass jetzt -just vor Beginn der Überarbeitung des NVP unter geplantem Einbezug betroffener gesellschaftlicher Organisationen wie Seniorenbeirat, Behindertenbeirat oder Jugendrat- die Preiserhöhungs-Aufsichtsräte aus CSU, SPD und FW sowie die Geschäftsführung der Bäder- und Verkehrsgesellschaft (ABuV) den Ansbacher ÖPNV Zug um Zug zerschlagen wollen, gefährdet

die verkehrspolitische Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und zeigt gleichzeitig die Unvereinbarkeit der Geheimratsstrukturen mit den Interessen der Bevölkerung.“ Geschäftsführer Roland Moritzer vertrete nicht die Interessen der Stadt Ansbach, sondern der Thüga AG, die 40 Prozent der Stadtwerke im Querverbund der AVVH hält. Die OLA bringt daher die Auflösung der ABuV-GmbH und die Umwandlung in einen städtischen Eigenbetrieb ins Spiel. Nur so könne Transparenz und demokratische Kontrolle wiederhergestellt werden. „Über die Abwicklung des gescheiterten Privatisierungs-Konstrukts AVVH-Stadtwerke-ABuV sowie die Zukunft des ÖPNVs sollte die Bevölkerung direkt entscheiden können“, so die OLA-Fraktion: „Es ist an der Zeit, in Ansbach nach zehn Jahren wieder einen Bürgerentscheid ins Auge zu fassen“.

gez. Boris-André Meyer

Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199

HYPERLINK "mailto:boris.meyer@offene-linke-ansbach.de"[boris.meyer@offene-linke-](mailto:boris.meyer@offene-linke-ansbach.de)